Politische Korrektheit der Leisetreter ist sinnlos

Ein Gespräch mit Professor Dieter Langewiesche über Nationalismus, europäische Identität und politische Korrektheit.

Jan Randák, Václav Petrbok

Dějiny a současnost. Kulturněhistorická revue (Geschichte und Gegenwart. Kulturhistorische Revue), Jhg 31, 2009, N. 8, S. 20-22. (Original auf Tschechisch)

http://dejiny.nln.cz/archiv/2009/8/politicka-korektnost-tichoslapku-neni-k-nicemu-

• Am Ende seines Buches über Nationen und Nationalismus schreibt Eric Hobsbawm, dass das Phänomen der Nationen und Nationalismus seine besten Tage hinter sich hat. Wie nehmen Sie die Aktualität dieses Phänomens an der Jahrhundertwende, an der Schwelle des 21. Jahrhunderts – also im Zeitalter der globalisierenden Welt, in den (nach einigen Philosophen oder Soziologen) spätmodernen Zeiten, in der Zeit nach dem 11. September 2001 auf? Glauben Sie, dass die Hobsbawmsche These noch heute berechtig ist?

Die Zeit des souveränen Nationalstaates, wie ihn das 19. und z.T. auch das 20. Jahrhundert als Ideal vor Augen hatte, ist vorbei. Die derzeitige Wirtschaftskrise ist nur ein weiteres Indiz dafür. Nationalstaaten haben zwar auch in globalen Krisen weiterhin eine wichtige Funktion, aber kein Staat kann hier souverän im vollen Sinne handeln. Und das ist in vielen Bereichen so. Man braucht nur an Institutionen zu denken wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds, die Welthandelsorganisation oder den Internationalen Gerichtshof, um zu sehen: die frühere Form des souveränen Nationalstaates gibt es nicht mehr. Dennoch haben die Staaten und die Nationen, die in ihnen leben, weiterhin eine Fülle von Aufgaben, die supranationale und suprastaatliche Institutionen nicht übernommen haben und wohl auch nicht übernehmen können, da ihnen die demokratische Legimitierung fehlt. Selbst in der EU, die man als einen weltgeschichtlich einmaligen Versuch verstehen kann, die alte Form des Nationalstaates in neuer Weise föderativ zu überformen, bilden die Staaten und ihre Nationen weiterhin die Legitimitätsgrundlage für alle politischen Entscheidungen. Außerhalb der EU ist die Dominanz des einzelnen Staates nocht viel stärker, und diese Staaten sehen sich meist als Nationalstaaten. Der Nationalstaat verlangt nach Nationalbewußtsein und das ist stets auch mit Nationalismus verbunden. Deshalb glaube ich nicht, daß man von einem Ende der Nation, des Nationalismus und des Nationalstaates sprechen kann. Sie stehen aber vor neuen großen Herausforderungen und müssen sich ändern. Doch das gilt für alle Institutionen und Ordnungsmodelle: wenn sie sich nicht ändern, werden sie zu Hemmschuhen und können gefährliche Blockade erzeugen – gefährlich für den inneren und den äußeren Frieden.

• Mit Kenntnissen der Entwicklung der europäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert bietet sich die Frage nach der Motivation, bzw. Bildung der europäischen Identität an. Wie ist Ihre Stellung, als Historiker der neueren Geschichte, zu diesen aktuellen Tendenzen?

Was ist "europäische Identität"? Die bloße staatliche Zugehörigkeit zur EU schafft noch keine "europäische Identität" in den nationalen Gesellschaften. Versteht man darunter die Übereinstimmung in den politisch-gesellschaftlichen Werten, so ist ein Blick auf das Eurobarometer, das die EU regelmäßig erstellen läßt, lehrreich. Auf der einen Seite sehen wir eine erhebliche Werte-Differenz vor allem zwischen den älteren und den neuen Mitgliedern und noch stärker zu denen, die Mitglieder werden wollen. Doch auf der anderen Seite gibt es eine starke Entwicklung im zeitlichen Verlauf. Wer länger dabei ist, bekennt sich zu den gleichen Werten. Das deutet darauf hin, daß tatsächlich eine "europäische Identität" in Gestalt einer Werte-Identität entsteht – noch unfertig, aber doch im Werden. Das finde ich sehr erfreulich. Daß damit keineswegs die eigene Nation und der eigene Staat unwichtig werden, sieht man daran, daß gerade die überzeugten Europäer in diesen Meinungsbefragungen eine Art Doppelbürgerschaft für sich beanspruchen: Man fühlt sich als Bürger seines Staates und zugleich als Bürger der EU. Auch das finde ich sehr erfreulich.

Bislang bedeutete "nationale Identität" immer auch, eine gemeinsame Geschichte zu haben. Und gemeinsame Geschichte bedeutete vor allem: gemeinsame Kriege. Kriege waren bisher die mächtigsten emotionalen Identitätsbildner. Das ist sehr bedauerlich. Aber es ist so. Hobsbawm hat das klug beschrieben. Wer eine europäische Identität schaffen will, muß nach Möglichkeiten suchen, Identität auf andere Weise zu erzeugen: auf Frieden bezogen. Auch das ist historisch neu. Es zu verwirklichen ist jeder Anstregung wert.

• Eine Zeit lang waren Sie in der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission tätig. Welche Rolle können, Ihrer Meinung nach, gerade die bilateralen, bzw. internationalen Fachkommisionen heute spielen? Meinen Sie, dass die von den einzelnen Staaten gegründeten und finanzierten Kommisionen und Institutionen auch heute die Auslegung der Geschichtsereignissen nicht nur der fachlichen aber auch breiteren Öffentlichkeit vermitteln sollten?

Solche Kommissionen halte ich für nützlich, um das fachliche Gespräch über die Grenzen hinweg in Gang zu setzen. Aber sie sollten nicht auf Dauer gestellt werden. Wenn wir in Europa dauerhaft solche Fachkommissionen benötigen sollten, dann wäre etwas schiefgelaufen. Die Deutung der Geschichte braucht Fachleute, aber sie darf nicht in Fachkommissionen eingemauert werden. Wenn Fachkommissionen aufgelöst werden, nachdem sie ihre Arbeit geleistet haben, ist das ein gutes Zeichen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich meine, wir sind weit genug, um das deutsch-tschechische Gespräch über die Geschichte nicht mehr an eine Fachkommission delegieren zu müssen. Die Zeit des offenen Gesprächs ist da, nicht durch Kommissionen behütet, sondern kontrovers geführt wie immer, wenn es um geschichtlich wichtige Fragen geht, egal ob man innerhalb einer Gesellschaft oder grenzüberschreitend diskutiert. Politische Korrektheit, auf die solche Kommissionen ausgerichtet zu sein pflegen, ist für das offene Gespräch auch hier hinderlich. Kontroverse Beurteilungen der Vergangenheit nicht nur zu ertragen, sondern zu begrüßen, ist ein Erkennungszeichen für demokratische Gesellschaften.

• Die proklamierte methodologische sowie thematische Pluralität der Geisteswissenschaften ist in Tschechien – im Unterschied zu Deutschland – immer noch eine unerfüllte Vision als eine offene und zum Überlegen motivierende Herausforderung. Damit hängt auch das heikle Thema der sog. politischen Korrektheit zusammen. Ist es überhaupt möglich, sich der Scylla des vorsichtigen "Tänzelns" über einige historische Themen und der Charybda ihrer direkten Politisierung auszuweichen? Wie könnte man über die Luftangriffe und ihrer Zivilopfer der deutschen Städte während des Zweiten Weltkrieges oder über den Verlauf und die Form der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus den mitteleuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg schreiben?

Politische Korrektheit – was immer darunter jeweils verstanden wird - ist kein guter Ratgeber für die Geschichtswissenschaft und die Geschichtsschreibung. Gegen Instrumentalisierung kann man die Geschichte nur schützen, indem man Geschichtsinstrumentalisierungen offen analysiert. Das tun wir ja auch, wenn wir die eigene Nationalgeschichte in länger zurückliegenden Zeiten betrachten. Wir analysieren, welche Werthaltungen die Geschichtsdeutungen unserer Vorfahren geprägt haben, obwohl sie damals fest überzeugt waren, die Geschichte streng objektiv darzustellen. In der gleichen Weise müssen wir analysieren, warum heutzutage Luftangriffe und ihre Zivilopfer oder die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung – die beiden Beispiele, die Sie nennen – unterschiedlich oder sogar gegensätzlich gedeutet werden, obwohl alle überzeugt sind, das historische Geschehen 'objektiv' darzustellen und zu bewerten. Wenn es gelingt zu zeigen, warum ein historisches Ereignis unterschiedlich erzählt werden kann, ist das ein wichtiger Schritt, einer Instrumentalisierung vorzubeugen, die vorgibt, es gebe nur eine einzige 'richtige' Sicht auf ein Ereignis.

Politische Korrektheit ist die falsche Antwort auf Geschichtsinstrumentalisierungen. Es geht um die wissenschaftliche Analyse dieser Instrumentalisierungen. Sie schärft den Blick für die Komplexität des historischen Geschehens. Das zu tun, ist die wichtigste Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Nur wenn sie dies tut, nur wenn sie sich den Erwartungen der nationalen Gesellschaften, der EU oder von wem auch immer entzieht, nur dann wirkt sie aufklärend. Politische Korrektheit klärt nicht auf.

• Die Nostalgie nach der Vergangenheit ist jetzt ein ziemlich verbreitetes Phänomen — wie die Oralhistorie, aber auch das Programm des Tschechischen Fernsehens oder die Geschäftsumsätze der im Deutschland einige Produkte der ehemaligen DDR produzierenden Firmen beweisen. Ist diese Idealisierung der "alten guten Zeiten" nur eine generationsbedingte Erscheinung, eine anthropologische Konstante, oder könnte sie auch etwas über die Gefühle der sozialen und ideenbedingten Unsicherheit, der "Unverankerung" des heutigen Menschen aussagen? Bedeutet diese Stellung die Bejahung dem alten Regime?

Ich habe nicht das empirische Material, das notwendig wäre, um diese schwierige Frage klar beantworten zu können. Nun ein paar allgemeine Überlegungen aus der Sicht des Historikers: Die Vergangenheit positiv zu bewerten, hat auch früher nicht bedeutet, alles positiv zu sehen, was einst gewesen ist. Deshalb glaube ich auch heute nicht, daß jemand, der an der DDR etliches Positive sieht, das DDR-Regime insgesamt bejaht. Wer mit der Gegenwart nicht zufrieden ist, sucht nach Vergleichen, und verglichen wird stets mit der Vergangenheit. Aber nicht mit der realen Vergangenheit, sondern mit einer Vergangenheit, die man vor Augen hat, an die man sich zu erinnern meint. Das ist in hohem Maße eine imaginierte Vergangenheit. Diese Form von Vergangenheit hat die Aufgabe, die Kritik an der Gegenwart zu rechtfertigen. Es ist meist ein partielle Kritik. Zwei Beispiele: Wer Angst hat, arbeitslos zu werden, kann

sich nach der verdeckten Arbeitslosigkeit in den kommunistischen Staaten sehnen. Aber kaum jemand wird die ökologische Unverantwortlichkeit dieser Staaten zum Vorbild nehmen, wenn er an der heutigen ökologischen Politik etwas auzusetzen hat. Also – keine Pauschalverurteilung des nostalgischen Blick auf die Vergangenheit. Sondern genau hinschauen, was das Vergangenheitslob der heutigen Gesellschaft sagen will.

• Viele StudentInnen und ExpertInnnen fragen heute nach der gegenwärtigen Bedeutung und Rolle der Geisteswissenschaften. Charakteristisch stellt sich die Öffentlichkeit diese Fragen nicht. Welche Rolle könnte die Geschichtsschreibung heute spielen? Ist die geflügelte Parole – Historia magistra vitae – noch heute gültig?

Die Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens ist eine Position, die theoretisch schon längst überwunden ist. Reinhard Koselleck hat das grundlegend analysiert. Was aber geblieben ist: Wir haben keine andere Möglichkeit der Zukunftsorientierung als den Blick in die Geschichte. Die Geschichtserfahrung ist die Grundlage, auf der wir unsere Gegenwart beurteilen und Zukunft entwerfen. Neu ist, daß in unserer Zeit der Globalisierung unterschiedliche oder sogar gegensätzliche Geschichtserfahrungen aufeinandertreffen und miteinander konkurrieren. In der EU sehen wir das besonders deutlich, und hier sehen wir auch, wie wichtig es ist, gegenläufige Geschichtserfahrungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Auch hier hilft keine politische Korrektheit des Leisetretens. Deutsche haben andere Geschichtserfahrungen als Tschechen oder Polen, Franzosen andere als Griechen oder Niederländer, und Türken andere als Armenier. Diese Geschichtserfahrungen müssen miteinander konfrontiert werden. Dabei wird keine unverändert bleiben. Dazu beizutragen ist eine der wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben der Geschichtsschreibung.

• Im Jahre 1998 unterzeichneten 29 Vertreter, die für Hochschulwesen verantwortlich waren, in Bologna die Deklaration über das Schaffen des europäischen Raumes der Hochschulbildung, mit der die bisherigen Hochschulbildungssysteme in ein dreistufenartiges europäisches System vereint waren. Wie bewerten Sie, als Hochschulpädagoge, nach zehnjähriger Erfahrung die Durchsetzung dieser Grundsätze der Demokratisierung von der – einmal so elitären – Hochschulbildung?

Die enorme Expansion des Hochschulbereichs – immer höhere Anteile der jungen Menschen erhalten eine Hochschulausbildung – verlangt nach einer gründlichen Reform der Hochschulen. Daran zweifle ich nicht. Die Hochschule für die Vielen kann nicht so organisiert bleiben wie früher die Hochschule für die Wenigen. Deshalb habe ich, als ich von 1997 bis 2000 am Aufbau der Universität Erfurt beteiligt war, mit meinen Kollegen im Rektorat dafür gesorgt, daß die neuen Studiengänge dort von Beginn an eingeführt wurden. Danach brach aber über Deutschland – ich kann nicht einschätzen, ob es in anderen Staaten auch so verlief – eine Regelungswut herein, die heute die Reformbereitschaft zu ersticken droht. Und was die Reformer erhofft hatten, wurde nicht erreicht. Aber ich bin realistisch genug zu sehen: Die Politik hat bekommen, was sie wollte. Es werden nun ohne Mehrkosten mehr Studierende durch die Hochschulen geschleust. Was dies für die Ausbildung bedeutet, interessiert nicht.

• Wie ist Ihre Stellung zu den verschiedenen bilateralen Geschichtsschulbücher? Können Sie sich die Entstehung eines deutsch-tschechischen Lehrbuches, z.B. zur modernen Geschichte vorstellen?

Bilaterale Geschichtsschulbücher sind hilfreich, um den üblichen nationalen Blick auf die Geschichte zu erweitern und zu korrigieren. Deshalb halte ich solche Geschichtsschulbücher für wichtig. Und dies vor allem dort, wo es eine konfliktreiche gemeinsame Vergangenheit gibt. Also – ein klares Ja zu einem deutsch-tschechischen Geschichtsschulbuch. Aber kein politisch korrektes, sondern eins, das Schülern zeigt, daß die Geschichte keine bequemen Antworten zu bieten hat.

• In Ihrem Buch Zeitwende mit dem Untertitel Geschichtsdenken heute erwähnen Sie einen widerspruchsvollen Anklang des Romanes Ein springender Brunnen von Martin Walser. Das Buch ist in demselben Jahr erschienen, als Martin Walser den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erwarb. Inwieweit kann die literarische Fiktion die Atmosphäre irgendeines historischen Ereignisses und der damit verbundenen Gefühle vermitteln?

Ein Roman ist keine Geschichsschreibung, auch nicht der historische Roman. Aber wer die Atmosphäre einer Zeit kennenlernen will, sollte unbedingt Romane lesen. Schriftsteller können mit ihren Mitteln ein Zeit-Bild entwerfen, das Historiker, gebunden an ihre Quellen und an ihre Methoden, so dicht und farbig nicht zeichnen können. Einige Beispiele: Wer sich in die Geschichte des deutschen Bürgertums vertiefen will, sollte mit Thomas Mann beginnen und dann Sándor Márais "Bekenntnisse eines Bürgers" lesen, um seinen Blick europäisch zu weiten. Bei Márai findet man die Wirkungen der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg in einer Eindringlichkeit dargestellt, für die ich in der Geschichtsschreibung keine Parallele kenne.

• Zur Zeit gehört die Forschung der Kriegskonflikte in der Geschichte zu den Themen, mit denen Sie sich beschäftigen. Womit war die Forschung dieses Themas motiviert? Was alles kann man sich unter dieser Forschung vorstellen?

Ich bin zum Thema Krieg von meiner Nationsforschung gekommen. Weil ich erkennen mußte, daß der Krieg stärker als alles andere Nationen geformt hat. Und auch die Nationalstaaten. Kein Nationalstaat ohne Krieg. Aber nicht nur das. Es gilt auch die historische Regel: keine erfolgreiche Revolution ohne Krieg. Das ist der Grund, warum bis ins 20. Jahrhundert hinein Krieg als ein Fortschrittsinstrument galt. Auch den Progressiven! Diese Vorstellung ist keineswegs mit dem Zweiten Weltkrieg untergangen. Gerade in den letzten Jahren beobachten wir eine Art Renaissance der Idee vom Gerechten Krieg – der Krieg zur Verhinderung von Völkermord, der Krieg gegen Diktatur und für Demokratie.

Dieser Wandel von Erwartungen an den Krieg und ebenso die Kontinuitäten, die es gibt, interessieren mich, weil sie in Kernzonen des historischen Geschehens führen. Auch wer heute nach historischen Grundlagen für eine künftige europäische Identität sucht, sollte nicht "politsch korrekt" allein auf die kulturellen Gemeinsamkeiten in der europäischen Geschichte schauen. Diese Haltung dominiert zur Zeit. Das verstehe ich. Aber ich finde sie viel zu

bequem, viel zu korrekt. Man kann doch nicht daran vorbeisehen, daß in der Vergangenheit die kulturellen Gemeinsamkeiten der Europäer nie Kriege in Europa verhindert haben. Das Europa von heute ist aus einer jahrhundertelangen Kette von Kriegen hervorgegangen. Wer will, das dies künftig anders sein wird, muß sich mit dem Krieg beschäftigen. Um das zu erkennen, habe ich lange gebraucht. Jetzt weiß ich es. Und deshalb forsche ich über Krieg.